

EU gibt Gas bei grünen Energien

Die Klimakrise und der Krieg in der Ukraine zeigen, wie wichtig erneuerbare Energien sind. Die EU setzt sich nun ehrgeizige Ziele.

VON KNUT KROHN

BRÜSSEL. Der Ausbau erneuerbarer Energien soll nach dem Willen der EU vorangehen. Darauf einigten sich das Europaparlament und die Mitgliedstaaten am Donnerstagmorgen nach einer Nachtsitzung. Bis zum Jahr 2030 sollen 42,5 Prozent der in der EU verbrauchten Energie aus erneuerbaren Quellen wie Wind-, Solar- oder Wasserkraft kommen. Damit wurde das bisher vorgegebene Ziel von 32 Prozent deutlich erhöht. Zuletzt lag der Anteil der Erneuerbaren EU-weit bei rund 22 Prozent, in Deutschland sogar bei nur knapp über 20 Prozent.

„Europa hat sich von seiner unbürokratischen Seite gezeigt“, unterstrich der CDU-Politiker Markus Pieper, der an der Ausarbeitung des Papiers maßgeblich beteiligt war. Vorgegeben würden zwar die Hauptziele, doch jeder Staat könne für sich entscheiden, wie er diese erreiche. „Wir wollten im Bereich erneuerbare Energien technologieoffen vorgehen“, unterstrich Pieper.

Das Europaparlament und die EU-Kommission hatten sogar vorgeschlagen, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 45 Prozent zu steigern. Damit bissen sie bei den EU-Staaten auf Granit, die allenfalls mit einer Quote von 40 Prozent einverstanden waren – aus diesem Grund der Kompromiss von 42,5 Prozent. Die Überarbeitung der Richtlinien ist Teil des Klimapakets, mit dem die EU bis 2030 ihren CO₂-Ausstoß um 55 Prozent verringern will. Die EU-Kommission hatte dafür Vorschläge zum Ausbau erneuerbarer Energien und zum Energieeinsparen vorgelegt. Die EU will auf diesem Weg auch unabhängig von russischen Gasimporten werden.

Ein zähes Ringen gab es bei den Verhandlungen nach den Worten von Markus Pieper vor allem über die Rolle der Atomkraft als saubere Energie. Dabei ging es um den sogenannten roten Wasserstoff für die Industrie, der mit Strom aus Kernenergie produziert wird. Mit Wasserstoff soll bei der Produktion unter anderem fossiles Gas ersetzt werden. Wasserstoff wird durch die Elektrolyse von

Wasser hergestellt. Wird dabei Strom aus erneuerbaren Energien verwendet, gilt der Wasserstoff als grün und CO₂-frei.

Aus Piepers Worten war in diesem Fall ein gewisser Unmut über das offensichtlich äußerst fordernde Auftreten etwa von Frankreich zu vernehmen. Nach Ansicht von Paris sollte dieser rote Wasserstoff auf dieselbe Stufe gestellt werden wie der grüne Wasserstoff, der aus Wind- oder Sonnenkraft hergestellt wird.

Dieser Vorstoß aber wurde mit einem fast schon EU-typischen Anrechnungstrick praktisch verhindert. Nach den Worten von Markus Pieper dürfen Länder für die Industrieproduktion „den roten Wasserstoff als grünen Wasserstoff benutzen, wenn sie

beweisen können, dass sie das Hauptziel von 42,5 Prozent erreichen“. Das sei aber für kaum ein EU-Land zu schaffen. Für den CDU-Abgeordneten heißt das: „Roter Wasserstoff wird nicht auf grüne Umweltziele angerechnet.“

Deutliche Kritik von den Grünen gibt es daran, dass Energie aus Biomasse wie Holz weiterhin als erneuerbar gelten soll. „Für den Wald ist die neue Richtlinie eine katastrophale Entscheidung“, sagte die Grünen-Abgeordnete Anna Deparmay-Grünenberg. Es werde subventioniert, dass Biomasse aus Wäldern einfach so verfeuert werde. Diese



Foto: imago/Drei Anasaganingrum

„Für den Wald ist das eine katastrophale Entscheidung. Es wird subventioniert, dass Biomasse einfach so verfeuert wird.“

Anna Deparmay-Grünenberg, Grüne



Wirtschaftsminister Robert Habeck vor einer Woche in Sachsen-Anhalt, von wo aus die 540 Kilometer lange Stromtrasse Südostlink entsteht

Foto: dpa/Klaus-Dietmar Gabbert

Praxis wird unter anderem als problematisch gesehen, weil in den Bäumen gespeichertes klimaschädliches CO₂ freigesetzt wird, anstatt in den Pflanzen gespeichert zu bleiben.

CDU-Politiker Pieper hob hervor, dass in dem erzielten Kompromiss auch festgehalten ist, dass Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien beschleunigt werden sollen. Die Genehmigungsfrist für Anlagen für erneuerbare Energien soll höchstens 18 Monate betragen, wenn die Anlagen in dafür vorgesehenen Gebieten errichtet werden sollen. Außerhalb dieser Gebiete soll das Verfahren nicht länger als 27 Monate dauern.

Vorreiter Schweden

Spitzenreiter Schweden erzeugt in Bezug auf den sogenannten Bruttoendenergieverbrauch mit Abstand die meiste Energie in der EU aus erneuerbaren Quellen – 62,6 Prozent (Stand 2021).

Abgeschlagen Finnland liegt mit 43,1 Prozent auf Platz zwei vor Lettland mit 42,1 Prozent.

Deutschland liegt im hinteren Drittel in der EU mit 20,4 Prozent. red

Kommentar

Klimaschutz ist kein Elitenprojekt

Die EU hat sich auf ehrgeizige Vorgaben beim Ausbau der erneuerbaren Energien geeinigt.

Christian Lindner eckt oft an mit seinen Aussagen. Doch als der Finanzminister mit Blick auf den Überfall Russlands auf die Ukraine in einer Sondersitzung des Bundestages die Bedeutung von erneuerbaren Energien unterstrich und sie als „Freiheitsenergien“ pries, erntete er überparteilich Beifall. Im selben Atemzug forderte er, die Planungen bei der Energiesicherheit den Realitäten anzupassen. Dafür hat die EU nun den Weg frei gemacht und auch weitreichende Vorgaben festgelegt.

Bitter ist, dass erst der blutige Krieg in Europa den entscheidenden Schub beim Ausbau der erneuerbaren Energien gebracht hat. Denn das erste und naheliegende Ziel ist, unabhängig von russischen Energielieferungen zu werden. Jeder Euro, der in Europa für russisches Gas ausgegeben wird, finanziert das Sterben in der Ukraine. Die langfristige Aufgabe aber ist natürlich der Kampf gegen den Klimawandel. Der rasante technische Fortschritt wird in den nächsten Jahren einige Herausforderungen meistern, die sich heute noch als Probleme darstellen. Doch das genügt nicht. Vor allem in der jetzigen Anfangsphase wird es wichtig sein, bürokratische Hürden beim Ausbau der erneuerbaren Energien aus dem Weg zu räumen.

Es darf in Zukunft nicht mehr zu solch absurden Situationen kommen, dass im Norden Deutschlands die Windräder Strom in Massen produzieren, dieser aber wegen fehlender Leitungen nicht in den Süden des Landes transportiert werden kann. Zentral wird zudem sein, alle Menschen auf dem Weg des ökologischen Umbaus mitzunehmen. Klimaschutz ist kein Elitenprojekt. So darf etwa der Einbau einer Wärmepumpe oder das Renovieren einer Wohnung nicht zur sozialen Frage werden. Der Weg in eine klimaneutrale Gesellschaft verlangt Augenmaß auf allen Seiten.



VON KNUT KROHN